

Unsere deutsche Geschichte verlangt von uns, die Erinnerung und das Wissen für alle Zukunft wachzuhalten – auch und gerade in einer Zeit, in der uns der soeben begonnene NSU-Prozess ganz unübersehbar erleben lässt, wie fruchtbar der Schoß noch sein kann.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte abschließend Bekir Genç zu Wort kommen lassen, damals 15 Jahre alt, der mit schwersten Verbrennungen den Brandanschlag überlebte. Er hat sich nach dem Gerichtsurteil an die türkischen und deutschen Jugendlichen gewandt. Er hat gesagt:

„Wir Jugendlichen, egal, ob wir Deutsche oder Türken sind, egal, welche Hautfarbe wir haben oder aus welchem Land wir kommen, haben gemeinsame Interessen. ...

Wir müssen uns gemeinsam für Verbesserungen einsetzen. Hass spaltet nur und führt im schlimmsten Fall zu solchen schrecklichen und sinnlosen Taten. ... So etwas sollte sich nie mehr wiederholen.“

Tragen wir alle mit unseren Möglichkeiten dazu bei, dass in unserem Land jede und jeder leben kann – ohne Angst, verschieden zu sein.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn der Übergang etwas schwierig ist, treten wir jetzt in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Nordrhein-Westfalen erneut unsicherstes Flächenland in Deutschland

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2934

Die Fraktion der CDU hat mit Schreiben vom 13. Mai dieses Jahres gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu dieser aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden Fraktion Herrn Kollegen Biesenbach das Wort.

Peter Biesenbach^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In den letzten Wochen konnte sich ein Minister dieser Landesregierung in der Sonne vieler positiver Pressekommentare wohlfühlen. Das war der Innenminister Ralf Jäger, medienwirksam als unerschrockener Kämpfer gegen Extremisten und Kriminelle aller Art.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Nach Blitzmarathons mit Tausenden Beamten ließ er als weitere Beispiele Hundertschaften der Polizei gegen Rocker oder vor laufender Kamera zu vermeintlichen Razzien gegen Einbrecherbanden aufmarschieren, während Polizeihubschrauber am Himmel kreisten.

Wer diesen in allen Medien omnipotent präsenten Innenminister hörte, konnte den Eindruck gewinnen, Nordrhein-Westfalen sei ein Musterland bei der Bekämpfung der Kriminalität. So wirkte er auch gestern Abend bei den Debatten, insbesondere als er sich mit dem Kollegen Lohn so massiv auseinandersetzte.

Herr Minister, Sie konnten vor Kraft kaum laufen, und Sie erinnerten mich dann an Komikfiguren meiner Jugendzeit. Ich habe mich gefragt: Ist er jetzt mehr Tarzan oder er ist er gerade mehr Popeye, der zu viel Spinat gegessen hat.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Aber tatsächlich traf Sie gestern Mittag wieder die Wirklichkeit. Denn da wurde aus dem unermüdlischen Kämpfer für Recht und Ordnung wieder der Architekt Potemkinscher Dörfer.

(Beifall von der CDU)

Die nüchternen Zahlen der aktuellen Kriminalstatistik des von Ihnen so ungeliebten Bundesinnenministers entlarven Ihre Aktionen als des Kaisers neue Kleider, nämlich als Aktionen, die rein der Imagebildung für Herrn Jäger dienen.

Tatsächlich und leider ist NRW in Deutschland weiterhin das Flächenland mit der höchsten Kriminalitätsrate. Über 1,5 Millionen Straftaten verzeichnet die Statistik für 2012 – eine Zahl, die es übrigens, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, in Nordrhein-Westfalen zuletzt gab, als der jetzige SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück als Ministerpräsident in unserem Land abgewählt wurde.

In Nordrhein-Westfalen entfielen 2012 auf 100.000 Einwohner 8.510 Straftaten, während es beispielsweise im traditionell sichersten Land Bayern lediglich 4.977 Straftaten sind. Bei uns werden aber nicht nur die meisten Straftaten in einem Flächenland verübt. Köln und Düsseldorf zählen auch zu den Kriminalitätshochburgen. Bei uns verfestigt sich außerdem der Trend beim Anstieg der Kriminalität. 2011 war der Anstieg der Kriminalität hier in Nordrhein-Westfalen fast fünf Mal so hoch wie im Bundesdurchschnitt, und in 2012 war er fünf Mal so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Leider werden bei uns gemeinsam mit Schleswig-Holstein auch die wenigsten Straftaten aufgeklärt. Mit 49,1 % wird unter Ihnen, Herr Minister, nicht einmal jede zweite Straftat aufgeklärt.

Konjunktur hat vor allem der Wohnungseinbruch. Auch bei der Zahl der Wohnungseinbrüche ist Nord-

rhein-Westfalen Spitzenreiter. Mit mehr als 54.000 haben wir das höchste Fallaufkommen seit 1995. Mit den veröffentlichten Zahlen des Bundesinnenministers verzeichnet die Polizei seit 2008 ein Drittel mehr ausgeräumte Häuser und Wohnungen als bis dahin.

„Nordrhein-Westfalen eine Oase für Kriminelle“, titelte „Die Welt“ bereits im Januar 2012. Denn das Risiko der Täter ist bei uns in Nordrhein-Westfalen ausgesprochen gering. Die Aufklärungsquote bei Wohnungseinbrüchen beispielsweise beträgt landesweit 13,8 % und, man höre und staune, in Köln 6,3 %. Die Polizei ermittelt landesweit also nur bei jedem siebten bis achten Wohnungseinbruch einen Tatverdächtigen, in Köln sogar nur bei jedem 16. Wohnungseinbruch. Das ist Ihr Verdienst.

Tatsächlich verurteilt wird wegen Einbruchs aber auch davon nur ein Bruchteil. Nur in zwei von hundert angezeigten Fällen steht nach einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ am Ende des Verfahrens ein Urteilsspruch.

Fazit: Einbrechen ist in Nordrhein-Westfalen ein weitgehend risikoloses Geschäft.

Den Ursachen geht das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen nach. Auf das Ergebnis dürfen wir sehr gespannt sein. Aber erste Ergebnisse gibt es. Erste Ergebnisse hören wir von den Staatsanwälten. Die Staatsanwälte sehen die Ursache vor allem in zwei Gründen: einmal bei den Tätern, die immer geschickter vorgehen, und zum anderen bei Mängeln in der Polizeiarbeit.

Nach Einschätzung des Vizevorsitzenden des Bundes der Richter und Staatsanwälte wird schlechter ermittelt als früher. Die Akten werden bei häufigen Delikten wie Einbrüchen nicht mehr so gut bearbeitet wie in den 90er-Jahren. Wir müssen die Polizei immer wieder zu Nachermittlungen veranlassen, sagt Hartmann.

Ich kann leider aus Zeitgründen nicht auf die vielen Möglichkeiten eingehen. Ich will nur sagen, wo die Ursache dafür liegt. Denn diese Ursache ist der eigentliche Skandal.

In Nordrhein-Westfalen gibt es etwa 8.300 Beamtinnen und Beamte in der Kriminalpolizei. Der Anteil der Kriminalpolizei an der Gesamtpolizei liegt seit 1992 unverändert bei ca. 22 %. Das ist der Skandal. Denn in dieser Zeit sind die Straftaten um 220.000 Fälle angestiegen.

Die Kripo hat zur Aufklärung eines Falles von Wohnungseinbruch 60 Minuten, in denen bereits sieben bis acht neue Wohnungseinbrüche begangen werden. Das liegt an den Rahmenbedingungen der kriminalistischen Arbeit: Hetze durch den Alltag. Wer 100 bis 120 Vorgänge permanent auf dem Tisch hat, wer zu allen Sonderaktionen gerufen wird, der kann sich nicht mehr im Einzelnen wirklich

um die Fälle kümmern. Die Ermittlungsruhe ist weggekommen.

Sie, Herr Minister, bekommen zwar 5.000 Beamtinnen und Beamte für Ihre „Blitze“ auf die Straße, aber Sie schaffen es nicht, mehr Kräfte für die Kriminalitätssachbearbeitung zu organisieren.

(Beifall von der CDU)

Wie „Spiegel online“ am 10. Januar 2013 berichtete, soll eine von Ihnen eingesetzte Arbeitsgruppe „Bekämpfung mobiler Intensivtäter Eigentum“ erhebliche Defizite bei der polizeilichen Ermittlungsarbeit aufgedeckt haben. Danach werden Datenbanken schlecht gepflegt, Kriminalakten vernachlässigt, erkennungsdienstliche Instrumente nicht aktualisiert. Es fehlt die Abstimmung zwischen den Polizeibehörden, und es wird nicht überregional ermittelt. Wir brauchen aber mehr länderübergreifende Ermittlungen. Wir brauchen auch in Nordrhein-Westfalen eine Sachfahndung, und wir benötigen in Nordrhein-Westfalen viel stärker eine täterorientierte Ermittlungsarbeit bei Serientätern.

Das alles, Herr Minister, sind Fehler der politisch Verantwortlichen. Vor der Arbeit der einzelnen Beamten haben wir hohen Respekt. Millionen Überstunden machen das deutlich. Aber es fehlt an den Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Arbeit. Dafür, Herr Minister, sind Sie verantwortlich.

(Beifall von der CDU)

Solange Sie Ihre Hausaufgaben nur mangelhaft erledigen, solange wird Nordrhein-Westfalen die rote Laterne bei der Kriminalitätsbekämpfung behalten. Das, Herr Minister, ist Ihr Verdienst. Das Versagen ist Ihr Versagen. Daran sollten Sie schleunigst etwas ändern.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Biesenbach. – Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Stotko.

Thomas Stotko (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Biesenbach, die Frage der Bewertung von Komikfiguren will ich hier weglassen. Ihr Auftritt hat mich eher an SpongeBob erinnert als an Popeye, will ich Ihnen einmal ganz deutlich sagen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Mir würden auch andere Figuren einfallen, die ich aber jetzt besser weglasse.

Manches ist Ihnen aber einfach nicht peinlich genug. Das will ich einmal ganz deutlich sagen. Bereits gestern hat Ihnen der Kollege Körfges gesagt, dass Ihr Antrag zu den V-Leuten ein bisschen spät kommt, um es einmal nett zu formulieren. Wenn

man zwei Jahre zu spät ist und dazu dann auch noch spricht, dann ist das eben so.

Gleiches gilt für die Aktuelle Stunde, die Sie heute beantragt haben. Da hat Ihnen vor ein paar Tagen Ihr Kollege Friedrich im Bund gesagt: Macht mal eine Aktuelle Stunde. Ich habe eine Statistik, da kommt heraus, in NRW sieht es ganz schlecht aus! – Und da greifen Sie wie ein Ertrinkender nach diesem Strohalm, beantragen vor drei Tagen diese Aktuelle Stunde. Gestern ist diese Statistik veröffentlicht worden. Jetzt wollen wir einmal ehrlich sein: Ein Rohrkrepierer – nichts anderes ist aus dem geworden, was Sie heute vorgehabt haben.

(Beifall von der SPD)

Denn was ist herausgekommen? Herausgekommen ist: Frankfurt und der Vatikanstaat sind die Horte des Verbrechens.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Jetzt werden diejenigen, die hier sitzen und sich nicht viel mit Innenpolitik beschäftigen, fragen: Was sagt der Stotko da, wieso denn der Vatikanstaat? Sie werden denken, das gibt es doch gar nicht. Doch! Nach der Statistik von Herrn Friedrich kommen auf jeden Düsseldorfer und Kölner 0,15 Straftaten, aber auf jeden Einwohner im Vatikanstaat 2, also 13 Mal so viele Straftaten als in Köln und in Düsseldorf. Gut, dass dafür kein deutscher Papst mehr verantwortlich ist!

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Spaß beiseite! Die knapp 900 Verfahren im Vatikanstaat entfallen auf 490 Einwohner. Aber zu 99 % werden diese Straftaten nicht von den Einwohnern des Vatikanstaats begangen. Warum erkläre ich das? Weil das natürlich auch unter anderem für Köln und für Düsseldorf gilt. Millionen von Pendlern, an denen und von denen Straftaten begangen werden, jede illegale Krokodilbrieftasche, jedes Passvergehen und – mit Verlaub – jedes unerlaubte Einführen eines Affen durch Justin Bieber – das sind alles Straftaten, die man in ein anderes Verhältnis setzen müsste. Das interessiert Herrn Friedrich aber für keine fünf Cent.

Das machen übrigens die Baden-Württemberger besser. Die Baden-Württemberger – ich bin ja wirklich erstaunt und rege an, dass wir darüber einmal nachdenken – haben in ihrer Kriminalstatistik ein paar Seiten zum Thema „Import von Straftätern“. Über das Wort „Import“ kann man meiner Meinung nach reden. Aber wenn Sie die Statistik in Baden-Württemberg sehen – im Übrigen geprägt noch von der früheren CDU-Führung –, dann können Sie ablesen, dass in den Großstädten in Baden-Württemberg über 40 % der Straftaten von Tätern begangen werden, die nicht aus der Stadt oder dem Landkreis stammen, und im Übrigen nur 10 % von solchen Tätern in den ländlichen Gemeinden. Viel-

leicht sollten wir diese Importdaten einmal auf Köln und Düsseldorf anwenden. Das wäre, glaube ich, besser.

Herr Dr. Orth, beim Thema Düsseldorf bin ich erstaunt, dass Sie heute nicht reden. Ich hoffe, Sie kommen in der zweiten Runde noch nach; dann bin ich beruhigt. Denn Sie werden uns als Düsseldorfer Abgeordneter vielleicht erklären können, dass die Statistik völlig richtig ist, dass Sie in Düsseldorf versagen und dass es in Düsseldorf so schlecht ist, wie es bei Herrn Friedrich steht, oder Sie erklären uns, dass man das für Düsseldorf etwas anders sehen muss. Ich bin sehr gespannt.

Das gilt im Übrigen auch für den Kollegen Möbius – ich sehe ihn gerade nicht –, der in Köln wie wild wettet, in Köln müsse mehr geschehen. Als die Daten für Köln in der Zeit von 2005 bis 2009 veröffentlicht wurden – der Oberbürgermeister kam von der CDU –, hat Herr Möbius immer gesagt: Ja, so könne man das nicht sehen; das könne man nicht vergleichen. – Also, der Peinlichkeit genug. Das geht so nicht.

Ich lege gerne noch einen Punkt obendrauf: Münster. Münster hat einen besonderen Kriminalitätsschwerpunkt – ooh! – weit über alle anderen Städte hinaus. Sie ist jetzt nicht anwesend, aber, Kollegin Schulze und lieber Thomas Marquardt, keine Angst, es ist nicht Schlimmes. Münster ist der Spitzenreiter bei Fahrraddiebstählen. Wen wundert es bei der Menge an Fahrrädern? Daran sieht man schon, was man mit dieser Statistik anfangen kann.

Alle Statistiken, insbesondere die von Herrn Friedrich, haben noch weitere Mängel. Die Statistik von Herrn Friedrich wird nicht der Tatsache gerecht, dass viele Leute immer viele Tatgelegenheiten und auch viele Täter und Opfer bedeuten. Sie wird nicht der Tatsache gerecht, dass es Internetstraftaten gibt, die bundesweit begangen werden, die aber von allen Geschädigten an einer Stelle in der Bundesrepublik angezeigt werden. Sie wird übrigens auch nicht der Tatsache gerecht, dass Polizeibehörden sehr unterschiedlich arbeiten. Dort, wo sehr aggressiv ermittelt wird – derjenige, der viel sucht, findet auch viel –, da ist bei gleicher Kriminalität die Statistik höher als bei anderen.

Diese Äpfel-und-Birnen-Theorie dieser Friedrich-Statistik wird noch klarer, wenn wir sie einmal auf NRW anwenden, Herr Kollege Biesenbach. Ich fände es spannend, wenn Sie es so nehmen würden, wie Herr Friedrich es für den Bund sagt. Nach der Friedrich-Statistik sind in Nordrhein-Westfalen die Kreise Herford und Siegen-Wittgenstein top und Köln und Düsseldorf, wie wir gerade gehört haben, Flop. Jetzt müssen Sie aber wissen, dass in Düsseldorf und in Köln auf 250 Einwohner ein Polizeibeamter kommt, in diesen beiden Top-Kreisen aber nur auf 700 Bürger. Im Umkehrschluss bedeutet das: Je weniger Polizei, desto sicherer lebt man in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Also, Herr Biesenbach, wenn es nach Ihnen geht, müssen wir in Köln und in Düsseldorf Polizisten abziehen. Das können Sie nicht ernsthaft verlangen.

Als Letztes – Kollege Marc Herter sitzt da nicht, aber zumindest Hans-Willi Körfges –: Mönchengladbach und Hamm sind die sichersten Städte in der Bundesrepublik Deutschland. Das liegt daran, dass die beiden dort Abgeordnete sind. Oder woran soll das, bitte schön, liegen?

(Beifall von der SPD)

Lieber Hans-Willi, nimm es mir nicht übel: Es hat weder etwas mit dem Abgeordneten zu tun noch mit der Frage, wer Polizeipräsident ist,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Er ist von der FDP!)

und, Herr Innenminister, auch nicht mit der Frage, welche Partei den Innenminister stellt.

Fest steht: Diese Statistik, um die es geht, ist in den letzten 25 Stunden so zerrissen worden, wie ich es selten in der Bundesrepublik erlebt habe. Das muss hier einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Mit dieser Einschätzung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir nicht alleine. Jetzt will ich gar nicht die CDU aus Frankfurt oder andere zitieren, auch nicht den Düsseldorfer Oberbürgermeister. Ich berufe mich auf drei Institutionen, die mit uns, mit der Politik, erst einmal wenig zu tun haben, nämlich das Max-Planck-Institut in Berlin, die renommierte Statistik-Fakultät der TU Dortmund und das RWI, also unser Institut hier vor Ort. Denn die haben diese Statistik von Herrn Friedrich gemeinsam zur „Unstatistik des Monats“ erklärt. Das hätte mir einfallen sollen – ich gebe es zu. Ich kann ihnen dazu nur gratulieren. Den Preis hat man verdient.

Es wäre mehr drin gewesen. Schade, dass Sie daraus nicht mehr gemacht haben. Es wird Zeit, dass diese unsägliche Diskussion beendet wird. – Besten Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Stotko. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Lürbke.

Marc Lürbke^{*)} (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Jäger, Sie stehen als Innenminister vor einem innenpolitischen Scherbenhaufen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP – Lachen und Zurufe von der SPD)

Hohe Kriminalität in Nordrhein-Westfalen! Die neue polizeiliche Kriminalstatistik, Bund, sagt: Nordrhein-Westfalen ist erneut das Flächenland mit der meisten Kriminalität, hohen Fallzahlen, niedrigen Aufklärungsquoten, dazu keine

(Zurufe von der SPD und Sigrid Beer [GRÜNE])

überzeugenden Konzepte oder Visionen, wie Sie die Lage verbessern wollen. Diejenigen, die die Kriminalität in Nordrhein-Westfalen bekämpfen sollen – unsere Polizeibeamten, Staatsanwälte und Richter –, stehen in diesen Tagen draußen vor dem Landtag, sind stinksauer und fühlen sich von Ihnen betrogen. Sie sind als Innenminister neben dem Finanzminister auch für Besoldung mitverantwortlich.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vor der Wahl wurde viel versprochen, nach der Wahl alles gebrochen. Das sagen jetzt die Polizeibeamten, Staatsanwälte und Richter. Nichts ist mit den Gewerkschaften der Polizei, der Richter oder der Staatsanwälte besprochen worden. Man hat sie vor vollendete Tatsachen gestellt. Polizeibeamte kofinanzieren nun Ihre teuren Wahlgeschenke, müssen jungen Juristen das Studium zahlen. Das ist doch die derzeitige Situation in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Aber zurück zur polizeilichen Kriminalstatistik: Danach verzeichnet Baden-Württemberg eine landesweite Aufklärungsquote von 57,7 %, Bayern von 63,2 %, Niedersachsen von 61 %, Hessen von 58 % usw. Alle Nachbarn sind besser als wir mit 49,1 %. Mit anderen Worten. 773.000 der 1,5 Millionen Straftaten in Nordrhein-Westfalen bleiben unaufgeklärt. Das heißt, für mehr als die Hälfte aller Straftaten in NRW kann seitens der Polizei nicht einmal ein Tatverdächtiger ermittelt werden.

Zur Statistik und zu Ihnen, Herr Stotko: Es ist doch klar, viele der Städte mit über 200.000 Einwohnern und hohen Häufigkeitszahlen, also Taten pro Bevölkerung, liegen in Nordrhein-Westfalen. Ich gebe Ihnen recht, über die Aussagekraft und die richtige Auslegung der PKS kann man trefflich streiten. Das ist in den Medien auch schon erfolgt. Weil die Straftaten an der Einwohnerzahl und nicht an der Zahl der Menschen, die sich tatsächlich in der Stadt bewegen, gemessen werden, ergebe dies ein völlig unrealistisches Bild. Das haben Sie uns gerade dargestellt, Herr Stotko.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD] – Hans-Willi Körfges [SPD]: Gut! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ja, ich spreche im Konjunktiv. – Auch Sie, Minister Jäger, haben sich gestern laut dpa-Meldung gegen den Ländervergleich gewehrt, weil er die völlig unterschiedliche Siedlungsstruktur außen vor lasse, die Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen

lebe in großstädtischen Ballungszentren, wo die soziale Kontrolle geringer und die Tatgelegenheiten häufiger seien als auf dem Land. Wie sagten Sie gestern noch? Man vergleiche Äpfel mit U-Booten.

Aber ich frage mich dann schon, warum die PKS in Nordrhein-Westfalen, also Ihre eigene Statistik, Herr Jäger, ebenfalls Häufigkeitszahlen für die 47 Kreispolizeibehörden veröffentlicht bzw. das Innenministerium auf Kleine Anfragen herausgibt. Der bundesweite Ländervergleich basiert doch auch auf Häufigkeitszahlen.

Herr Minister und sehr geehrter Herr Kollege Stotko, Sie müssen sich schon entscheiden, was man denn vergleichen darf. Bitte wehren Sie sich nicht mit vollem Einsatz gegen Ihnen vielleicht unangenehme Statistiken, sondern wehren Sie sich stattdessen lieber gegen die Kriminalität in diesem Land!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Machen wir es konkret am Beispiel Einbruch fest! Wir haben schon einen umfassenden Antrag hierzu eingebracht. Festzustellen ist in Nordrhein-Westfalen eine erschreckend niedrige Aufklärungsquote von nur 13,8 % bei Wohnungseinbrüchen, wobei einzelne örtliche Kreispolizeibehörden teilweise noch deutlich darunter liegen. Köln liegt bei etwa 6,29 %, der Kreis Düren bei nur 7,89 %. Die Millionenstadt Köln und der Kreis Düren sind also bei der Aufklärung von Wohnungseinbrüchen gleich schlecht, obwohl laut Minister Jäger die soziale Kontrolle auf dem Land höher sein sollte.

Natürlich kann man auch große Städte wie Köln oder Düsseldorf anhand von Häufigkeitszahlen grob mit München und Frankfurt vergleichen, gerade weil beim Wohnungseinbruch die Opfer – das ist der Unterschied zum Vatikan, Herr Stotko – in der Regel keine Pendler, Messebesucher oder Touristen sind, sondern in der Stadt wohnen. Wenn man sich die Zahlen anschaut, ist der Vergleich absolut ernüchternd. In München beträgt die Aufklärungsquote ganze 23,3 %, in Köln, wie gesagt, 6,29 %. Das heißt fast 94 % der Wohnungseinbrecher müssen sich offenbar in Köln überhaupt keine Sorgen machen. Noch schlimmer, wenn nicht aufgeklärt wird, kann auch nicht angeklagt werden.

Zudem ist völlig unbefriedigend, dass bislang ein Vergleich mit der Strafverfolgungsstatistik nicht erreicht wird. Denn niemand weiß heute sicher, wie viele der im Jahr 2012 ermittelten Tatverdächtigen tatsächlich bestraft wurden, geschweige denn, wie.

Wie man die Statistik auch lesen mag, fest steht: Auf den innenpolitischen Dauerbaustellen herrscht seitens der Landesregierung Stillstand. Während sich die Beamten vor Ort mühen – das möchte ich ausdrücklich betonen –, verwehrt ihnen die Landesregierung die notwendigen Rahmenbedingungen für eine erfolgreichere Arbeit. Zweimal im Jahr kommt der Minister mit einem Großaufgebot im Medienscheinwerferlicht vorbei und baggert ein bisschen

für einen Tag in der Baustelle herum, sei es beim Blitzmarathon oder bei einer Einbrechergroßaktion. Das nützt den Beamten vor Ort genauso viel wie die Tatkrafttour der Ministerpräsidentin den besuchten Unternehmen. Man zeigt kurz Interesse, erscheint in dem Medien, und letztlich bleibt vor Ort alles beim Alten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das zeigt Hilflosigkeit, Resignation in der Landesregierung bei vielen Konzepten, vielen Visionen und engagiert angegangenen Zielen. Stattdessen gibt es etliche Baustellen. Gehen Sie es an!

Nur einige Beispiele:

Zur Einbruchskriminalität haben wir zum Beispiel mit unserem Antrag und dem Sofortprogramm „Beute zurück“ einen klaren Vorschlag gemacht.

Auch zum Themenfeld „Gewalt im Umfeld von Fußball“ hat die FDP einen Antrag vorgelegt. Der Innenminister zeigt auf die Fußballverbände und lässt seine Polizeibeamten gegenüber den Gewalttätern allein im Regen stehen. Wozu das führt, konnten wir am Wochenende in der Düsseldorfer Altstadt sehen, als 300 Nürnberger Chaoten gezielt und aggressiv Polizeibeamte angriffen. Es erfolgt immer wieder dieselbe Reaktion von Minister Jäger: Er zeigt sich darüber empört, bleibt aber tatenlos.

Ein anderes sensibles Thema ist Vergewaltigung und besonders schwere Fälle der sexuellen Nötigung. Entgegen einem bundesweit überschaubaren Anstieg hat NRW einen Anstieg von besorgniserregenden 17,1 % zu verzeichnen, ein Plus von 330 Fällen. Was unternehmen Sie hier als Reaktion auf die massiv gestiegenen Fallzahlen?

Oder zur Jugendgewalt: Was ist der aktuelle Sachstand beim Projekt „Kurve kriegen“? Warum läuft die Umsetzung der Handlungsempfehlung der Enquete Prävention so schleppend, etwa beim Ausbau der Häuser des Jugendrechts und bei weiteren Projekten?

(Thomas Stotko [SPD]: Weil Sie dem Haushalt nicht zugestimmt haben!)

Ein weiterer Punkt ist die Computer- und Internetkriminalität. Auch hier haben wir mit einer Steigerungsrate von 13,2 % deutlichen Handlungsbedarf. Wie will ein Innenminister des bevölkerungsreichsten Bundeslands glaubwürdig gegen steigende Internet- und Computerkriminalität vorgehen, wenn die Polizei auf ihrer Internetseite nicht einmal ein zentrales Fahndungsportal vorhält oder moderne Fahndungsmöglichkeiten im Internet und darüber im Netz kaum genutzt werden?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es geht darum, NRW tatsächlich und nicht nur auf dem Papier sicherer zu machen. Dafür brauchen wir gute Rahmenbedingungen und ausreichend motivierte Beschäftigte und endlich eine Landesregie-

Die überzeugende innenpolitische Konzepte und Visionen präsentiert und umsetzt. Denn wenn Sie so weitermachen wie jetzt, wird NRW in Sachen Kriminalitätsbekämpfung bald völlig den Anschluss an vergleichbare Länder verlieren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Lürbke. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Präsident! Am 12. Mai titelte die Online-Ausgabe der „Welt“ im Vorgriff auf die Veröffentlichung der PKS von Bundesinnenminister Friedrich am 15. Mai: Frankfurt/Main deutsche Hauptstadt des Verbrechens. Denn bei der oft zitierten sogenannten Häufigkeitszahl – Straftaten pro 100.000 Einwohner – rangiert Frankfurt mit 16.310 Straftaten an erster Stelle, Düsseldorf steht mit 14.966 an zweiter Stelle, und Köln zählt 14.590 Straftaten.

Die PKS und diese Aussage wurden daraufhin zur sogenannten Unstatistik des Monats gekürt, einer Aktion von Wissenschaftlern, die damit dazu beitragen wollen, dass Daten und Fakten korrekt interpretiert werden. Mit der Berechnung der Straftaten auf 100.000 Einwohner – im Übrigen nicht der Verbrechen, Herr Biesenbach, wie Sie mit Ihrer Aktuellen Stunde behaupten, etwas mehr Genauigkeit wäre da sicher hilfreich – werden völlig verzerrte Bilder der wirklichen Kriminalitätsbelastung gezeichnet, weil nur die Einwohner, nicht aber die Menschen berechnet werden, die sich tagtäglich in der Stadt aufhalten.

Beispiel Frankfurt: 150.000 Fluggäste täglich. Und der Flughafen gehört zum Stadtgebiet, anders als in München, wo es auch einen Flughafen mit vielen Fluggästen gibt, aber der Flughafen München gehört nicht zum Stadtgebiet und wird deshalb nicht mit in die Kriminalitätsstatistik einberechnet.

Beispiel Debitkartenbetrug: Debitkartenbetrug wird nicht an dem Ort, wo der Betrug begangen wurde, registriert, sondern am Standort des Kreditunternehmens. Vielleicht ist es in der CDU und FDP schon angekommen: Frankfurt hat die eine oder andere Bank bzw. das eine oder andere Kreditinstitut.

Auch meine Heimatstadt Düsseldorf wird wieder als Hort des Verbrechens bezeichnet. Auch hier zur Sachlage: Wir haben in Düsseldorf 1,4 Millionen Messegäste jährlich, 300.000 Pendler und Pendlerinnen täglich. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten pendelt täglich in die Stadt Düsseldorf. Wir hatten 2012 über 20 Millionen Fluggäste, also fast 60.000 Fluggäste täglich. Wenn die Straftaten nun auf all diese Menschen bezogen berechnet würden und

man ein anderes System nähme, würde sich die Lage völlig anders darstellen. Unter Umständen wäre München immer noch – man muss es sportlich nehmen – im oberen Bereich, aber Düsseldorf würde nicht mehr auf Rang 2, sondern im guten Mittelfeld rangieren.

Auf NRW bezogen dasselbe: Auf 100.000 Einwohner gibt es 8.510 Straftaten. Traditionell und auch nachvollziehbarerweise liegt NRW oben auf der Skala. Auch hier ist der Bund-Länder-Vergleich komplett statistischer Unsinn, da es nirgendwo sonst in Deutschland so viele Großstädte, so viele Ballungsräume mit komplett anderen Deliktsstrukturen als in ländlichen Räumen gibt.

Stichwort „Ländliche Räume“: Schauen wir uns die einmal an. Nehmen wir einmal den Kreis Lippe. Im Kreis Lippe werden pro 100.000 Einwohner 4.524 Straftaten begangen. Jetzt machen wir einen Vergleich mit Bayern, aber den richtigen Vergleich, Herr Biesenbach: Das Polizeipräsidium Oberbayern Süd hat auf 100.000 Einwohner 4.518 Straftaten registriert. Ich sage mal: Die Lipperinnen und Lipper leben genauso sicher wie die in Oberbayern. Das ist auch richtig so, denn nur so kann man die Dinge miteinander vergleichen. Diese Vergleiche brauchen wir auch nicht zu scheuen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Denselben Äpfel-mit-Birnen-Vergleich gibt es bei der Aufklärungsquote. Die These – hier mehrfach skandalisiert vorgetragen – lautet: Das stagniert auf einem ganz niedrigen Niveau bei derzeit 49,1 %. Stimmt, das ist nicht sehr hoch! Aber Sie konstruieren hier einen Skandal, weil Thüringen doch tatsächlich eine Aufklärungsquote von 64,3 % hat. Angesichts dessen wäre das eine Katastrophe. Wenn Sie redlich wären – Konjunktiv! –, würden Sie nicht Bundesländer mit komplett unterschiedlichen Siedlungs- und Bevölkerungsstrukturen und damit anderen Deliktsstrukturen und anderen Aufklärungsmöglichkeiten vergleichen. Nehmen wir doch einmal Ihre eigene Regierungszeit von 2005 bis 2010. Wir vergleichen einmal NRW mit NRW, NRW Schwarz-Gelb mit NRW Rot-Grün. 2007 betrug die Aufklärungsquote 29,2 %. Tatsächlich war sie 0,1 % höher. „Wow!“, kann ich da nur sagen. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Und 2008 war sie 0,2 % höher. Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das macht doch alles keinen Sinn! Ich werfe Ihnen ja auch nicht vor, dass, als Ihre Zahlen bei der Aufklärungsquote niedrig waren, Sie eine schlechte Sicherheitspolitik betrieben haben. Sie sollten wirklich mit den unwürdigen Statistiktricks und mit dem Klamauk aufhören. Wie schlimm muss es eigentlich um die einstige sogenannte Partei der inneren Sicherheit bestellt sein,

Herr Biesenbach, wenn Sie zu Ihrer eigenen Profilierung auf so billige Tricks aus der Mottenkiste zurückgreifen müssen? Platter geht es nicht!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wenn – auch hier wieder der Konjunktiv –, ja wenn Sie ein ernsthaftes Interesse daran hätten, über Sicherheit zu reden, dann würden Sie erstens andere Diskussionsgrundlagen wählen, nämlich die Dinge, die man miteinander vergleichen kann, und zweitens würden Sie sich mit konstruktiven Vorschlägen den Problemen widmen, die wir in der Tat haben und vor denen man sich auch nicht wegducken darf. Diese Probleme sind ja auch benannt worden.

Ich möchte es noch einmal betonen: In der Tat haben wir bei den Wohnungseinbrüchen eine bundesweit zunehmende Quote. Bundesweit, Herr Biesenbach, Herr Sieveke! Bundesweit steigt diese Quote um 8,7 %, in NRW um 7,5 %. Das ist ein besorgniserregender Trend, dem wir uns widmen müssen.

Auch die Quote im Bereich der Computerkriminalität ist sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene gestiegen. Hier besteht tatsächlich Handlungsbedarf. Ich stimme ihm nicht so oft zu, aber Rainer Wendt, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, sagt zu Recht: Das gehört in die Innenministerkonferenz, und zwar oben auf die Agenda. – Im Februar hat die Innenministerkonferenz, wie ich finde richtigerweise, beschlossen, zu dem Thema ein bundesweites Lagebild zu erstellen. Denn hier macht es keinen Sinn, wenn jede Kreispolizeibehörde vor sich hin wurschtelt, sondern hier müssen wir gucken: Wie sind die Reisewege angesichts der offenen Grenzen, weshalb es viele Wohnungseinbruchsbanden gibt? Wie sind die Spuren? Wie sind die Tatbegehungsweisen miteinander zu vergleichen? Hier muss koordiniert länderübergreifend vorgegangen werden, da es oftmals nicht um Einzeltäter, sondern um organisierte Banden geht.

Letztes Beispiel, Computerkriminalität: Auch hier sehe ich Handlungsbedarf. Auch hierzu gab es kein Wort von Ihnen, Herr Biesenbach, oder von der FDP, dass hier bereits gehandelt wurde. Wenn Sie sich ein bisschen besser auskennen würden und wenn es Ihnen um die Sache ginge:

(Zurufe von der CDU und der FDP: Ah!)

Gehen Sie doch einmal zum LKA und schauen Sie sich das neue Kompetenzzentrum zur Cyberkriminalität an. Denn hier wurde gehandelt, und hier wird hingeguckt.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist überschritten.

Monika Düker (GRÜNE): Einen Satz noch zu Düsseldorf – das muss ich zur Ehrenrettung meiner Heimatstadt sagen –: Düsseldorf hat es geschafft,

durch koordinierte Maßnahmen die Fallzahlen bei den Wohnungseinbrüchen entgegen des Landestrends zu senken. Sie sind um 4,3 % gesunken. Das sind Erfolge, die sich sehen lassen können. Und die sollten hier nicht unerwähnt bleiben. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Herrmann.

Frank Herrmann (PIRATEN): Danke schön. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Liebe Bürgerinnen und Bürger hier auf der Tribüne und im Livestream! Wir sprechen heute auf Antrag der CDU-Fraktion über die Polizeiliche Kriminalstatistik 2012 des Bundes, die gestern von Herrn Innenminister Friedrich vorgestellt wurde. Meine Vorredner haben schon einiges über die konkreten Zahlen der PKS besprochen, auch dass der Vergleich der Kriminalitätsverteilung zwischen den Ländern kein gutes Bild für NRW zeichnet und die Aufklärungsquote mit 49,1 % niedriger ist als in anderen Flächenländern.

Ich finde es richtig und wichtig, über die Ursachen von Kriminalität und über die Probleme und Schäden zu sprechen, die durch die Straftaten und deren Nichtaufklärung entstehen. Dazu sagt die Statistik aber nichts. Besonders für die Opfer muss viel mehr getan werden, auch um das Dunkelfeld nicht angezeigter Straftaten aufzuhellen. Nur Menschen, die Vertrauen in die Behörden haben, melden sich und stellen Strafanzeige. Vielleicht ist aber genau das der Punkt. Die Menschen in NRW haben einfach großes Vertrauen in unsere Polizei, kommen mit ihren Problemen und stellen daher häufiger Anzeigen. Damit steigt die Zahl der erfassten Fälle. Das ist eine Hauptaufgabe der PKS. Gleichzeitig sinkt die Aufklärungsquote; denn es fallen nicht einfach mehr Beamte vom Himmel, die die zusätzlichen Fälle bearbeiten könnten. Das ist nur eine der Möglichkeiten die zeigt, warum die Aussagen der PKS mit Vorsicht zu genießen sind.

Lassen Sie mich an dieser Stelle etwas zu den Beamtinnen und Beamten der Polizei sagen: Ganz egal, wie die Statistik politisch verdreht und verwendet wird, bin ich sicher, dass Sie, liebe Beamtinnen und Beamte, mit den Ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen mit großer Sorgfalt und vollem Einsatz alles tun, um Nordrhein-Westfalen zu einem noch friedlicheren Ort zu machen, an dem sich jeder sicher fühlen kann. Danke dafür.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Zurück zur Statistik! Nicht zum ersten Mal werden Sie in diesem Hause hören, dass behördliche Statistikproduktionen ohne wissenschaftliche Betreu-

ung und Ausarbeitung Mist sind. Ich will kurz zwei Beispiele ansprechen. In der letzten Woche hörten wir in der Anhörung zum Polizeigesetz Experten, die den von Innenministerium selbst erstellten Evaluierungsbericht zur Videoüberwachung stark kritisieren. Der Bericht wurde dem Innenministerium von den Experten geradezu um die Ohren gehauen.

(Thomas Stotko [SPD]: So war es nicht!)

Ich erinnere mich auch nur allzu gut an die Diskussion Anfang März in der Anhörung zum angeblich riesigen Sicherheitsproblem in der Fußballfanszene. Es wurde deutlich, dass sich die ZIS-Statistik überhaupt nicht eignet, um relevante Aussagen über Gewaltentwicklungen rund um Fußballspiele zu treffen. Die wissenschaftliche Kritik an der Erfassung der Verlaufsberichte der Polizei hat aber leider bis heute in der Landesregierung noch kein Gehör gefunden.

Was ist nun genau das Problem mit solchen Statistiken? Was sind die Gründe dafür, warum sie alle nur mit Vorsicht zu genießen sind? Ein wichtiger Punkt ist die Frage, wer aus welchen Gründen eine Statistik macht. Die PKS wird vom Bundeskriminalamt erstellt. Dazu verwertet das BKA die von den 16 Landeskriminalämtern gelieferten Landesdaten. Die Daten werden kommentiert, interpretiert und aufbereitet. Damit ist klar, das Innenministerium hat ebenso wie das BKA selbst natürlich einen Einfluss auf die Bewertung der Statistik und deren Zusammenstellung. Die PKS ist vor allem eine Statistik der polizeilichen Tätigkeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung. Das heißt, sie dient als polizeilicher Arbeitsnachweis. In der PKS selbst steht, dass die Erfassung der realen Kriminalität schlicht nicht ihre Aufgabe sei. Hinzu kommt, dass die genauen Details der Erfassungsprozedur je nach Bundesland unterschiedlich sind.

Was findet keine Berücksichtigung in der Statistik? Viele Einflussfaktoren finden keine Berücksichtigung. So gibt die PKS selbst an, dass sich das Anzeigeverhalten – zum Beispiel unter Versicherungsaspekten –, die polizeiliche Kontrollintensität, die statistische Erfassung, die Änderungen des Strafrechts und die echte Kriminalitätsänderung in den Bundesländern nicht in der Statistik niederschlagen. Ich zitiere einen Leitsatz aus der Statistik:

„Die PKS bietet folglich kein getreues Spiegelbild der Kriminalitätswirklichkeit, sondern eine je nach Deliktsart mehr oder weniger starke Annäherung an die Realität.“

Wir diskutieren hier also über die Annäherung der Realität und tun so als wären es Fakten.

Durch die Statistik gewinnt man zum Beispiel den Eindruck, dass es vielmehr Kriminalität im Norden als im Süden gibt. Dieser Vergleich ist gar nicht statthaft. Der Kriminologe Christian Pfeiffer sagte dazu, das Risiko überfallen zu werden, sei im Norden und Süden gleich hoch. Nur die Fallzahlen un-

terscheiden sich. Zudem ist es eigentlich ein Skandal, dass das Armutsgefälle keine Berücksichtigung findet. Im Süden gibt es zum Beispiel mehr Menschen, die sich gut gesicherte Häuser leisten können. Es gibt auch weniger Anzeigen, weil die Polizei in Bayern eine Wirtshausschlägerei eher als Gaudi abtut, während in Norddeutschland schneller das SEK vor der Tür steht.

(Zuruf von der CDU: Mann, Mann!)

Der Titel „Unstatistik des Monats“ wurde schon mehrfach erwähnt. Den hat sich die Polizeiliche Kriminalstatistik redlich verdient. Am besten wäre es, ganz auf diese Statistik zu verzichten. Sinnvoller wären raumbezogene und lokale Kriminalitätsanalysen. Hier würden geografische Räume mit ihren jeweiligen Strukturen, Institutionen und Bewohnern berücksichtigt. Besonders die Sozialstruktur würde dabei nicht vernachlässigt. Auch die CDU kann nicht bestreiten, dass es dort mehr Kriminalität gibt, wo die Menschen ärmer sind. Aber um Inhalt geht es hier gar nicht, eher um Wahlkampf. Deswegen mache ich jetzt den Ring frei für die nächste Runde. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Herrmann. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass die nordrhein-westfälische Polizei bei den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes ein hohes Ansehen genießt und ihr mit Respekt begegnet wird. Weil diese Polizei in Nordrhein-Westfalen gute Arbeit leistet, hat sie dieses Ansehen und diesen Respekt auch verdient, auch wenn einige heute Morgen versuchen, diese Leistung mit unredlichen Zahlenspielchen zu diskreditieren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn man schon nicht die Arbeit dieser Beamtinnen und Beamten schätzt, dann sollte man zumindest einen gewissen politischen Skrupel haben, mit den Ängsten von Menschen zu spielen. Nichts anderes geschieht, wenn eine Statistik mit solchen Zahlenspielchen so bewertet wird, wie es heute Morgen in Teilen geschehen ist.

In der Schule haben wir gelernt und lernen heute unsere Kinder, dass man Äpfel und Birnen nicht vergleichen sollte, weil dann immer falsche Ergebnisse herauskommen. Vieles ist heute schon zu dieser Statistik gesagt worden. Ihr unrühmlicher Titel ist bereits genannt worden, nämlich die „Unstatistik des Monats“. Ich will gar nicht mehr viel hinzufügen, aber versuchen, auf einige wenige objektive Tatbestände hinzuweisen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, vielleicht ist Ihnen das entgangen: Nordrhein-Westfalen ist ein Ballungsraum. Allein das Ruhrgebiet hat fünf Millionen Menschen. Von den 38 Städten mit mehr als 200.000 Einwohnern befinden sich 15 in Nordrhein-Westfalen und gerade einmal drei in Bayern. Die Einwohnerzahl je Quadratkilometer beträgt in Bayern 178, in Nordrhein-Westfalen 523, also fast dreimal so viel. Bestimmte Kriminalitätsphänomene sind Phänomene der Ballungsräume. Deshalb kann man nicht Äpfel mit Birnen vergleichen oder seltsame Vergleiche anstellen, die dann zu falschen Ergebnissen führen.

Ich würde empfehlen, bevor Sie weiter diese Zahlen bewerten: Wenn Sie mir nicht glauben, den Kollegen von der SPD oder den Grünen nicht glauben, Herr Biesenbach, glauben Sie doch wenigstens Ihrem eigenen Bundesinnenminister. Der hat nämlich bei der Vorstellung dieser Statistik gesagt – ich zitiere –: Die Abbildungen zur Kriminalitätsverteilung erlauben keinen umfassenden Vergleich der Kriminalitätsbelastungen von Ländern und Städten. – Ich sage es noch einmal, damit es ankommt: Die Abbildungen zur Kriminalitätsverteilung erlauben keinen umfassenden Vergleich der Kriminalitätsbelastungen von Ländern und Städten. – Glauben Sie wenigstens Ihrem eigenen Innenminister, meine Damen und Herren. Das ist besser.

Ich kann mich sehr gut erinnern an die Phase 2005 bis 2010, wo wir in unterschiedlichen Rollenverteilungen hier auch Kriminalitätsstatistiken debattiert haben und der von uns allen vermisste Kollege Engel von der FDP und Herr Kruse, der, glaube ich, heute an der Debatte nicht teilnehmen kann, gesagt haben, wie gut es ist, dass 49,3 % der Straftaten in Nordrhein-Westfalen aufgeklärt werden.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Ja!)

Das war damals Ihr Argument. Heute sagen Sie: 49,3 % ist ja viel zu wenig.

(Zuruf von Dr. Robert Orth [FDP])

– Herr Orth, mir geht es nicht um diese Zahlen, sondern mir geht es um die Tatsache. Jede dieser nicht aufgeklärten Straftaten ist eine zu viel.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, dass sich dort etwas ändert.

Jetzt will ich bei dem vielen Negativen, das über die Polizei in NRW hier heute Morgen dargestellt worden ist, auch vielleicht einmal ein paar positive Dinge nennen.

Die Zahl der Gewalttaten geht zurück. Auch wenn das subjektiv viele Menschen in diesem Land anders wahrnehmen – die Zahl der Gewalttaten geht zurück. Insbesondere die Jugendkriminalität und die Jugendgewalt gehen zurück, deutlich zurück, stär-

ker als die demografische Entwicklung in diesen Kohorten stattfindet.

Das hat auch damit zu tun: Ich glaube, dass unsere Konzepte wie „Kurve kriegen“, früh auf Intensivstraftäter zuzugehen und mit ihnen zu arbeiten und nicht erst zu warten, bis sie Dutzende von Straftaten begangen haben. Das trägt dazu bei, dass die Zahl der Intensivstraftäter und deren Straftaten deutlich gesunken ist.

Die Wahrscheinlichkeit, dass bei einem zu Hause eingebrochen wird, ist in der Tat in Nordrhein-Westfalen, im Ballungsraum, größer. Aber die Gefahr, gemeuchelt zu werden durch Mord und Totschlag, ist in Bayern und Thüringen beispielsweise deutlich höher.

Aber da müssen wir einmal auf die Einbruchszahlen schauen. Die sind in der Tat besorgniserregend hoch, in ganz Deutschland besorgniserregend hoch. Das hat damit zu tun, dass sich ein erweitertes Europa auch mit der Frage von erweiterter Kriminalität und deren Bewegungen auseinandersetzen muss.

Ich will gar nicht darauf hinweisen, dass wir einen geringeren Anstieg haben als andere Bundesländer, weil uns das nicht zufriedenstellen kann. Im Gegenteil: Wir stecken in die Kriminalitätsbekämpfung, in die Einbruchskriminalität auch viele Ressourcen, weil es gar nicht darum geht, den materiellen Schaden zu verhindern, den Einbruchsoffer erleiden. Die meisten von uns sind dagegen versichert. Aber der Verlust an Sicherheit, an Geborgenheit, das Eindringen in die eigene Intimsphäre ist hoch belastend für die Opfer. Deshalb stecken wir so viele Ressourcen in die Bekämpfung der Einbruchskriminalität. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich würde da gerne noch viel mehr reinstecken, vor allem die 2.100 Beamtinnen und Beamte, die Sie gespart haben, als Sie die politische Verantwortung hatten.

(Beifall von der SPD)

Die würde ich gerne zusätzlich im Bereich der Einbruchskriminalität einsetzen.

Die Statistik fragt auch – das sollten wir inhaltlich diskutieren –: Welchen Herausforderungen müssen wir uns eigentlich stellen? Kriminalität verändert sich rasant, so wie sich unsere Gesellschaft insgesamt rasant verändert. Auf der einen Seite wird das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger dadurch geprägt, dass sie auf der Straße Streifenwagen sehen, dass sie Beamte sehen, dass, wenn sie die Polizei brauchen, die auch schnell da ist. Auf der anderen Seite gibt es eine Entwicklung zu neuen Kriminalitätsphänomenen. Was beispielsweise früher der Betrug an der Haustür war, ist heute die Hehlerei bei Ebay. Was früher die Beleidigung am Gartenzaun war, ist heute die Beleidigung in Internetblogs. Das heißt, dass wir uns Kriminalitätsphänomenen widmen müssen, bei denen der Bürger gar nicht wahrnimmt, wie viele Beamtinnen und Beamte dort inzwischen tätig sind.

Das ist die Herausforderung der Zukunft. Der sollten wir uns stellen. Wir stellen uns dem mit kreativen Konzepten, mit einer modernen Polizei, mit den höchsten Einstellungszahlen aller Bundesländer für Polizeianwärterinnen und -anwärter. Das ist die richtige Antwort auf diese Statistik und nicht die, die Sie versuchen zu geben. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Sieveke.

Daniel Sieveke (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Jäger, das war gerade ein Auftritt!

(Demonstrativer Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der schlägt mir schon die Kette aus dem Hut. Es hat hier kein Vorredner keiner Partei die Arbeit der Polizei negativ dargestellt,

(Beifall von der CDU und der FDP)

kein einziger Vorredner. Aber Sie stellen das hier so dar. Das zeigt in meinen Augen die Wertschätzung, die Sie gegenüber der Polizei haben. In meinen Augen ist zu dieser Debatte der einzig richtige Spruch: An den Taten sollt ihr sie messen, nicht an irgendwelchen Zahlen und deren Bewertung.

(Vorsitz: Präsidentin Carina Gödecke)

Meine Vorredner haben schon umfangreich über das statistische Zahlenwerk und die notwendige politische Bewertung und Interpretation gesprochen, zum Teil auch mit wenig Fachahnung.

Herr Stotko, Sie haben den Kollegen Möbius angesprochen und das hier so hingestellt, als ob der Oberbürgermeister der Stadt Köln als kreisfreier Stadt Chef der Polizei sei. Sie haben so getan, als würde sich der Oberbürgermeister über die Zahlen in Köln freuen und hätte etwas dafür getan. Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass der Oberbürgermeister nicht der Chef der Polizei ist wie im kreisangehörigen Raum der Landrat Chef der Polizei ist.

Sie sind ein Beschwichtigungspolitiker.

(Beifall von der CDU)

Sie haben diese Debatte ins Lächerliche gezogen und das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger hier ins Lächerliche geführt, indem Sie den Affen von Justin Bieber und den Vatikanstaat für Ihre Interpretationsspielräume hier eingebracht haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn wir uns mit den Unterschieden zwischen Bundesländern, mit verschiedenen Zahlen in den Regionen und mit der Vergleichbarkeit von Großstädten auf der einen Seite und ländlichem Raum auf der anderen Seite beschäftigen, wenn wir dann noch völlig zu Recht auf die Details schauen – auf verschiedene Deliktsarten und auf die Veränderung von Kriminalitätsquotienten, zum Beispiel auf die Kennzahlen der Straftaten pro 100.000 Einwohner –, wenn wir auch Details von Täter- und Opferstrukturen erfahren, wenn wir auf die Aufklärungsquote schauen und wenn wir schlussendlich vieles mehr im Detail ganz konkret betrachten, diskutieren, interpretieren und politisch bewerten, dürfen wir dennoch eines überhaupt nicht außer Acht lassen, nämlich das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen.

Damit geht es um die Kernaufgabe des Staates. Es spielt eben überhaupt keine Rolle, ob unser Bundesland in der Polizeilichen Kriminalstatistik immer schon schlecht war, schlechter wird oder bald sogar katastrophal dastehen wird. Wenn wir bei der Aufklärungsquote jetzt schon von Bremen übertroffen werden, ist das doch ein Alarmsignal.

(Beifall von der CDU und Ralph Bombis [FDP])

Das Gefühl, sicher zu sein, sicher zu leben und keine Angst haben zu müssen – zu Hause, auf dem Weg zur Arbeit, bei der Arbeit, in den Naherholungsgebieten um die Ecke –, dieses Gefühl, das die Menschen als absolut fundamentales Grundbedürfnis brauchen, ist in Nordrhein-Westfalen an ganz vielen Stellen, egal ob im Ballungsraum oder in den ländlichen Regionen, nicht mehr selbstverständlich.

Und darum geht es, Herr Stotko. Es geht nicht immer nur um Zahlen. Es geht um das Gefühl der Menschen in unserem Bundesland. Und das wird durch diese Zahlen untermauert.

Wir brauchen als gewählte Volksvertreter Statistiken und Erhebungen als Grundlage für unsere demokratischen Entscheidungen und Diskussionen. Dass die Zahlen in Nordrhein-Westfalen erneut verheerend sein würden, wissen wir auch schon seit einiger Zeit. Neu ist vor allen Dingen das immer schlechtere Abschneiden im Vergleich zu anderen Bundesländern. Das haben wir aber erwarten können.

Wurden uns hier denn überzeugende Konzepte und neue Maßnahmen präsentiert? Wurden in diesem Hohen Haus wirklich einmal die Maßnahmen präsentiert, die Sie, Herr Minister, eben erwähnt haben, als Sie geschildert haben, was Sie alles tun?

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Wer von Ihnen ist selbst schon einmal Opfer von Gewalt und Bedrohung geworden? Zugegeben; das

werden nicht viele sein. Aber mindestens ein Kollege von der SPD ist betroffen – und ich selbst auch.

Dann frage ich etwas anderes. Wer von Ihnen hat in den letzten zwölf Monaten von keinem einzigen Wohnungseinbruch im Bekanntenkreis gehört? Von wie vielen Wohnungseinbrüchen in unseren Wahlkreisen und von wie vielen Gewalttaten haben wir gelesen? Da dürfte einiges zusammenkommen.

Über die Gründe und Ursachen von Straftaten will ich mich hier nicht auslassen; denn heute geht es im Zusammenhang mit der Polizeilichen Kriminalstatistik für Nordrhein-Westfalen aus meiner Überzeugung einmal wirklich nicht um Prävention. Es geht nicht um politisches Gewinsel und Gejammer, wie in Zukunft Kriminalität durch soziale Maßnahmen – durch Bildung, durch eine gute Arbeitsmarktpolitik usw. – verhindert werden kann.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das darf doch nicht wahr sein!)

Es geht heute auch nicht um Täterschutz. Es geht nicht um rosa gestrichene Gefängniszellen. Es geht nicht um Jugendrichter, die womöglich zu hart oder zu schnell urteilen.

Heute geht es einmal um Sanktionen. Die Sanktion funktioniert in Nordrhein-Westfalen nicht mehr. Sie hat kaum noch abschreckende Wirkung. Vor der Aufklärung in Nordrhein-Westfalen haben rumänische und bulgarische Banden sicherlich keine Angst mehr – nicht einmal Respekt. Warum auch?

Wir haben top ausgebildete, erfahrene Polizeibeamtinnen und -beamte. Hervorragende Polizistinnen und Polizisten arbeiten für unser Bundesland – ebenso Staatsanwälte, Richter, Justizvollzugsbeamte usw. Aber wie sieht denn deren Alltag unter dieser Landesregierung aus? Womit muss sich unser Sicherheitsapparat eigentlich beschäftigen? Unseren CDU-Vorschlag zu den Verwaltungsassistenten haben Sie gestern ja mal eben mir nichts, dir nichts abgelehnt.

(Thomas Stotko [SPD]: Der war auch schlecht!)

Mit Großbrazien für das Fotoalbum des Innenministers muss man sich beschäftigen,

(Christian Möbius [CDU]: So ist es!)

mit einer Beamtenbesoldungspolitik, die zu Recht die Trillerpfeifen in Scharen vor der Tür dieses Hohen Hauses erklingen lässt, und mit einer politischen Führung – wenn man sie denn überhaupt noch so nennen kann –, die den ganzen Tag von morgens bis abends von präventiver Politik in allen Bereichen spricht.

Aber wenn es um die Bezahlung geht, wenn es um die Ausstattung geht, wenn es um die Motivation geht, wenn es um die politische Rückendeckung geht, also die Mentalität eines vermeintlich starken Staates, der sich eben nicht an der Nase herumfüh-

ren lassen sollte – gerade bei dieser Kernaufgabe der Durchsetzung der inneren Sicherheit nicht –, wenn es um diese Punkte und die entsprechenden Belange unserer Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen geht, dann finden wir ein Bild der Verzweiflung vor.

(Beifall von der CDU)

Dann sehen wir uns mit einer Lage konfrontiert, in der wir tatsächlich nicht mehr in Statistiken nachlesen müssen, wie es steht, sondern in der wir uns nur noch bei den Beamtinnen und Beamten umhören müssen. Die haben die Ahnung, die Ihnen anscheinend fehlt. Die berichten Ihnen direkt aus der Praxis – frei von interpretierbaren Statistiken. Oder fragen Sie einfach den nächsten Nachbarn um die Ecke, bei dem gerade wieder eingebrochen worden ist!

Lieber Herr Minister Jäger, wenn ich auch manches Mal Ihre politische Einschätzung durchaus teile – zum Beispiel, wenn es gegen Salafisten oder Rechts- wie Linksextreme geht –, muss ich feststellen: Bei der Ausführung Ihres Amtes läuft einiges gewaltig daneben. Ich habe leider nicht das Gefühl, Sie würden nach und nach die Oberhand zurückgewinnen. Leider sind Sie kein Jäger mehr, sondern der Gejagte.

Sie nehmen beispielsweise das Thema der Wohnungseinbrüche überhaupt nicht ernst genug. Die Aktion „Riegel vor!“ reicht da nicht mehr aus. Auch schon versuchte Einbrüche versetzen ganze Nachbarschaften für lange Zeiträume in Angst. Verstehen Sie das eigentlich nicht?

Das ist aber nur zu einem Teil Ihre Schuld; denn diese Landesregierung, allen voran die Ministerpräsidentin, lässt neben dem haushaltspolitischen Totalversagen mit ihrer völlig unnötigen Betonung der Prävention von vornherein ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Daniel Sieveke (CDU): ... in allen Bereichen jegliche Chance auf einen notwendigen Mentalitätswechsel verstreichen – einen Mentalitätswechsel ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Daniel Sieveke (CDU): Ich komme zum Schluss.

... als Grundlage für die notwendige Verbesserung beim Personal, bei der Ausstattung usw. Stattdessen beschäftigt sich die Landesregierung regelmäßig mit Randthemen und gibt dort das Geld aus, statt sich auf die Kernaufgabe des Staates zu konzentrieren.

Nordrhein-Westfalen unter dieser Landesregierung läßt ein: Es läßt ein zum Verbrechen. Herzlich willkommen in Nordrhein-Westfalen!

(Zurufe von der SPD)

Die Chance, hier einen erfolgreichen Bruch zu machen, ist deutlich höher als die Gefahr, erwischt zu werden.

(Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Herzlich willkommen! – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sigrig Beer [GRÜNE]: Was für eine verzerrte Darstellung von Nordrhein-Westfalen! Das ist ein sträfliches Bild, das Sie hier zeichnen! Unglaublich!)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Sieveke. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Körfges.

Hans-Willi Körfges (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich nach den letzten Wortmeldungen spontan dazu entschieden, in die Debatte einzugreifen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eigentlich wäre der von Ihnen gewählte Anlass einer Debatte heute nicht wert gewesen, weil die Qualität der Statistik, auf die Sie sich berufen, hier hinlänglich diskutiert und beschrieben worden ist.

Nur, lieber Kollege Sieveke, bitte haben Sie Verständnis: Einen Mentalitätswechsel hin zu einer Mentalität, wie Sie sie eben gezeigt haben, wird in Nordrhein-Westfalen zumindest die SPD nicht mitmachen. Alle Menschen, die vernunftbegabt sind, werden sich, so denke ich, mit Entsetzen abwenden, weil Sie hier ein Zerrbild von unserem Land zeichnen, das der Realität in keiner Weise entspricht. Wir sind hier nicht in Manhattan-Süd, sondern wir leben auch nach dem Empfinden unserer Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen in einem sicheren Land. Das danken wir nicht zuletzt der Polizei und der hervorragenden Arbeit unserer Sicherheitsbehörden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie behaupten, Sie sagten doch nichts gegen die Polizei. – Das ist eine schöne rhetorische Volte. Denn eigentlich tun Sie doch die ganze Zeit nichts anderes, als die Arbeit derjenigen, die ihre Rübe für uns hinhalten, die Leib und Leben riskieren, durch Ihre Art der Argumente hier in den Dreck zu ziehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Etwas hat mich ganz besonders geärgert, und ich schließe an die Ausführungen des Kollegen Herrmann an, der gesagt hat: Wenn man über Statistik

redet, muss man sicherlich auch über Ursachen reden. Die Aufklärung ist ein hohes Gut. Wir wollen, dass alle Straftaten aufgeklärt werden. Das muss jeder wollen. Ich will aber noch viel intensiver und mehr, dass Straftaten überhaupt nicht stattfinden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dass Sie im Zusammenhang mit Prävention hier von Gewinsel und Gejammer reden, ist eine Unverschämtheit

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

und zeigt, welche Mentalität Sie umtreibt. Das ist die alte, neokonservative Hau-drauf- und Law-and-Order-Politik, hat aber mit moderner Rechts- und Sicherheitsarchitektur in einem modernen Land im 21. Jahrhundert rein gar nichts zu tun. Das zeigt doch auch, dass Sie Projekte ...

(Daniel Sieveke [CDU]: Jawoll!)

– Herr Kollege Sieveke, ich will jetzt nicht Uli Hahnen und andere mit der Sache vom Kopf und dem Kehlkopf zitieren.

(Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kollege Sieveke, wer wie Sie präventive Politik ganz offensichtlich für einen Irrweg hält, der ist im Hier und Jetzt in Nordrhein-Westfalen nicht angekommen.

Lassen Sie mich noch etwas zur Statistik sagen: Herr Stotko hat eben zu Recht auf diese Statistik hingewiesen. Churchill wird ja der Ausspruch zugeschrieben, man solle keiner Statistik trauen, die man nicht selber gefälscht habe. Ich glaube, Sie haben an der Stelle einer verkehrten Statistik getraut.

Lassen Sie mich das Bild von Herrn Stotko ein bisschen erweitern: Ich sehe hinten den verehrten Kollegen Norbert Post von der CDU, der – genau wie ich – jeden Morgen aus Mönchengladbach einpendelt. Würde man Ihren Statistiken glauben, könnten wir beide vielleicht dafür ursächlich sein, dass in Mönchengladbach die Kriminalitätsrate so niedrig ist, weil wir jeden Tag nach Düsseldorf fahren; und – oh ja! – in Düsseldorf ist sie viel höher. Das ist höherer Blödsinn, auf den Sie sich berufen, aber keine gute Statistik.

Einiges zu den Fakten: Wer hat denn für die Polizei in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren etwas getan? Über die Aufklärungsquoten haben wir berichtet: 49,2 % unter CDU – Glanzleistung! 49,3 % Aufklärungsquote unter SPD und Rot-Grün – schwierige Zahl! – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde, dass das schon ziemlich aufschlussreich ist.

Eben ist auch schon angesprochen worden, dass darüber hinaus die Anzahl der zur Anzeige gebrachten Straftaten eine ganz interessante Größenordnung; ist glaube, der Kollege von der FDP hat es eben angeführt. Wenn Sie Angriffe auf die sexuelle Selbstbestimmung zum Gegenstand machen, dann schauen Sie sich bitte an, wie sehr sich das Anzei-

geverhalten in Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich verbessert hat. Ja, es ist supertraurig, dass es nicht gelingt, die Täterinnen und insbesondere die Täter auf diesem Feld zu überführen.

Aber es ist auch ein gutes Zeichen für die Justiz und Polizei in Nordrhein-Westfalen, dass sich insbesondere immer mehr Frauen trauen, diese Übergriffe zur Anzeige zu bringen. Wir sollten daran arbeiten, dass das Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden gestärkt und nicht erschüttert wird.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Noch ein Wort zu der Bezeichnung „Beschwichtigungspolitiker“, die der Kollege Stotko durchaus als Lob empfinden kann. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, mir ist jemand, der ein realistisches Bild von der Kriminalitätssituation in NRW zeichnet, lieber als jemand, der aus naheliegenden parteipolitischen Egoismen heraus mit dem Sicherheitsempfinden der Menschen in unserem Lande spielt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie machen etwas ganz Einfaches: Sie lassen sich mit Vorankündigung eine Auflistung – Statistik will ich es nicht nennen, weil das den ehrbaren Beruf der Menschen, die sich mit dem Erstellen von Statistiken beschäftigen, ernsthaft beschädigen würde – aus Berlin liefern, um hier ein wenig Wahlkampf machen zu können. Im Prinzip ist dagegen nichts einzuwenden. Das ist eine Oppositionsveranstaltung. Damit kann man leben.

Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade wenn man weiß, dass die subjektive Seite bei der Sicherheit eine ganz erhebliche Rolle spielt, darf es hier doch nicht dazu kommen, dass Sie einen Schaukampf auf der Grundlage völlig ungeeigneter Unterlagen liefern, nur um Ihr parteipolitisches Süppchen zu kochen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das, was Sie hier abgeliefert haben, ist selbst einer Opposition aus CDU und FDP nicht würdig. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Dr. Orth.

Dr. Robert Orth (FDP): Guten Tag, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Stotko hatte mich ja schon vermisst. Ich möchte ihm deswegen die Freude machen, hier heute noch zu sprechen. Ganz bewusst habe ich mir anhören wollen, wie denn die Kolleginnen und Kollegen von den die Regierung tragenden Fraktionen und der Innenminister sich hier heute aufstellen. Ich muss sagen, ich bin erschüttert.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Stotko, wie können Sie sich bei einem Thema, wo es immer nicht nur einen Täter, sondern auch ein Opfer gibt, hinstellen und sagen: Im Vatikanstaat gibt es eine Tat, und hier und dort gibt es eine Tat? Sie haben einen Wortbeitrag geliefert, in dem Sie sich der Probleme gar nicht angenommen haben, in dem Sie die Menschen ins Lächerliche gezogen haben, die Opfer einer Straftat sind. Ich fand Ihren Beitrag unerträglich: Unterstes Niveau, meine Damen und Herren!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ihnen mag es vielleicht egal sein, ob Ihnen ein Fahrrad geklaut wird; aber wenn in Münster viele Fahrräder geklaut werden, ist das keine Petitesse, das ist für einen Studenten so, als ob man Ihnen, Herr Stotko, Ihren Ferrari unterm Hintern wegzieht, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Frau Düker betreibt hier – mit gefalteten Händen zur Opposition hingewandt – eine ständige Schönrede. Frau Düker, durch Beten haben wir nicht mehr Sicherheit in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen, sondern wir brauchen endlich Taten. Man kann darüber streiten, ob der Prozentsatz denn nun gestiegen oder gesunken ist, ob eine Tat mehr oder weniger geschieht. Entscheidend ist doch aber bei der Statistik der Trend, meine Damen und Herren, und der ist hundsmiserabel, seit Sie in Nordrhein-Westfalen regieren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Unter Schwarz-Gelb war die Aufklärungsquote genauso schlecht wie unter Ihnen; aber es gab einen Unterschied: Wir hatten hier in Nordrhein-Westfalen deutlich weniger Taten. Das heißt, unter Ihrer Regierung werden mehr Taten nicht gesühnt, und es gibt mehr Opfer von Straftaten in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Minister Jäger, Sie haben – nach dem Motto: „Die Kriminalität in den Großstädten beruht nur darauf, dass die Leute in die Großstädte hineinkommen“ – besonders auf den reisenden Täter abgestellt. Ich setze eine These dagegen: Nicht jeder, der in Nordrhein-Westfalen in einer Großstadt eine Tat begeht, kommt von außerhalb Nordrhein-Westfalens, meine Damen und Herren. Die Täter reisen doch nicht immer 40 oder 50 Kilometer von auswärts an. Sie fahren nicht über die Grenze. Nein, die Täter stammen im Wesentlichen aus Nordrhein-Westfalen. Derjenige, der in Münster ein Fahrrad klaut, reist doch nicht aus Budapest an.

(Beifall von der FDP und der CDU – Widerspruch von der SPD)

Wenn es denn so wäre, müssten viele Nordrhein-Westfalen nach Bayern gefahren sein und die wenigen Taten dort begangen haben; denn ich glaube

nicht, dass wir hier in NRW alle so wenig kriminell sind, dass niemand von uns Taten begehen würde.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Nun zu Ihren Statistik-Spielereien. Sie behaupten hier, diese Statistik sei doch gefälscht. – Ich möchte dann doch einmal auf Ihre eigene Statistik zur Kriminalitätsentwicklung 2011 in Nordrhein-Westfalen verweisen. Was machen Sie da? – Sie erfassen bestimmte Taten nicht mit dem Hinweis „Auslandstaten“. Auslandstaten waren klassischerweise einmal die Taten, bei denen ein Deutscher in Spanien eins auf die Mütze bekommen hat. Auslandstaten im Sinne der nordrhein-westfälischen Kriminalitätsstatistik, die Sie veröffentlichen, sind hingegen alle Taten, bei denen der Server im Ausland steht, meine Damen und Herren. Jeden Internetbetrug, für den der Server im Ausland steht, der aber mit Bezug auf Nordrhein-Westfalen begangen wird, streichen Sie aus der Statistik. Und dann sagen Sie, in Berlin würde gefälscht, meine Damen und Herren. Was ist das denn hier für eine Argumentation?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das werfen Ihnen auch die Vertreter der Polizeigewerkschaften vor. Sie werfen Ihnen vor, dass Sie genau an dieser Stelle unsauber arbeiten.

Lieber Herr Stotko, lieber Herr Körfges und auch Herr Innenminister Jäger, wenn Sie immer wieder darauf abstellen, wir hätten hier zu wenige Beamte, dann stellen Sie auf die Situation ab, dass wir in Nordrhein-Westfalen mehr Polizistinnen und Polizisten ausbilden müssten, um im Jahr 2017 das Loch schließen zu können.

Meine Damen und Herren, die Taten, um die es hier geht, haben also überhaupt nichts damit zu tun, dass wir 2017 zu wenig Beamtinnen und Beamte haben,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das hängt damit zusammen, dass Sie zu wenig eingestellt haben!)

sondern das hat damit zu tun, dass Sie von oben her alles schlecht organisieren. Die Beamtinnen und Beamten können für die Situation überhaupt nichts.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich bin jedenfalls guter Dinge, dass Sie 2017, wenn das von Ihnen immer wieder zitierte Loch zutage tritt, die Verantwortung nicht mehr tragen werden, meine Damen und Herren. Wir sind gerne bereit, uns dann den Problemen zu stellen – sicherlich mit einer besseren Lösung als Sie sie haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Orth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Bolte.

Matthi Bolte (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In dieser Debatte ging es schon viel um Obst, um Äpfel und Birnen. Mein Eindruck ist: Die CDU hat uns mit dieser Aktuellen Stunde ganz weit auf die innenpolitische Fallobstwiese geführt. Ihre Argumente liegen seit Jahren herum, besser werden sie nicht. Sie sind vielmehr schon seit Jahren faul.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Hier läuft eine Aktuelle Stunde zu einer Statistik, die von wirklich allen, die sich damit auskennen – von Statistikexperten wie von Polizeifachleuten – als „Unstatistik des Monats“ bezeichnet wurde. Sie wird jedes Jahr wieder auseinandergenommen. Jedes Jahr springen Sie von der CDU wieder auf den Zug auf. Das geschieht einfach aus einem einzigen Grund so: Sie haben kein Konzept, keinen Plan und keine Ideen, wie man innere Sicherheit in diesem Land gestalten kann.

Man schaue sich nur an, was wir in diesen Tagen an Bewertungen über die Statistik lesen durften. Den Begriff „Unstatistik des Jahres“ habe ich gerade schon genannt. Es gibt in Bezug auf Fahrraddiebstähle den Vergleich mit Münster; Wuppertal mit ein paar mehr Bergen steht in dem Bereich schon viel besser da. Ich habe auch eine Statistik, die ich immer gerne für Bielefeld, meine Heimatstadt, zitiere. Darin werden nicht mehr die Straftaten pro Einwohner, sondern Straftaten pro Quadratkilometer Stadtfläche gerechnet. Bielefeld ist dann ganz weit vorne. Der Garant für Sicherheit in unserer Stadt ist demnach nicht mehr die Polizei, sondern der Teutoburger Wald. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so sind all diese Statistiken doch so oder so zu bewerten; man muss immer vernünftig draufschauen, was dahinter steht.

Eines ist aber – ich glaube, dass das richtigerweise von allen Kolleginnen und Kollegen bemerkt worden ist – klar: Hinter all diesen Zahlen, hinter allen Zahlen aus der Kriminalitätsstatistik stehen auch menschliche Schicksale. Wir als Landesgesetzgeber haben natürlich die Aufgabe, im Sinne der Opfer dieser Taten dafür zu sorgen, dass möglichst viele Taten aufgeklärt werden, dass es für die Arbeit der Polizei in Nordrhein-Westfalen möglichst gute Rahmenbedingungen gibt.

Aber da hilft uns doch gerade Ihr Krakeelen nicht, Herr Biesenbach. Da hilft uns auch gerade Ihre Rhetorik nicht, Herr Sieveke, dass im Prinzip andauernd an jeder Ecke eingebrochen würde. Das ist doch der Sound, mit dem wir für Unsicherheit bei den Menschen sorgen. Diese kurzfristige Effekthascherei ist es doch, die bei der Bevölkerung Ängste schürt. Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist wirklich unredlich: weil alle, die ein bisschen Ahnung von Innenpolitik haben, wissen, wie sensibel dieser Bereich ist und wie sensibel man da eigentlich argumentieren müsste.

Eben ist der Bundesinnenminister angesprochen worden. Er fordert immer Videoüberwachung, egal, ob sie Sinn macht oder nicht. Wenn Sie hier jetzt am liebsten leichte Artillerie fordern würden, dann zeigt das einfach, dass Sie sich völlig aus der Diskussion verabschiedet und kein Interesse an einer seriösen Debatte haben.

Das einzige Sinnvolle, was ich hierzu bislang gelesen habe, war die Forderung nach mehr Personal. Das Personal ist natürlich ein ganz wichtiger Faktor für die Polizeiarbeit.

Gucken wir uns die Zahl der Einstellungsermächtigungen bei der Polizei an. 2006: 500, 2007: 500, 2008: 1.000, 2009: 1.000, 2010: 1.100. Wer hat etwas für die Polizei in Nordrhein-Westfalen getan? Das war Rot-Grün. Wir haben 2011 und 2012 jeweils 1.400 eingestellt. 2013 werden es 1.477 sein. Das sind die Zahlen, die für uns sprechen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dass Sie immer versuchen, das als Wahlgeschenke zu diskreditieren, das ist an Absurdität wirklich nicht zu überbieten.

Ein Punkt in der Debatte hat mich eben ganz besonders erregt, Herr Sieveke: dass Sie tatsächlich vom „Gewinsel von der Prävention“ sprechen. Das macht mich wirklich fassungslos; denn wir hatten in diesem Haus seit Langem einen Konsens, wie wichtig Prävention ist.

Gucken Sie mal zurück auf die Legislaturperiode vor 2010! Damals hatten wir eine Enquetekommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine effektive Präventionspolitik in Nordrhein-Westfalen. Seinerzeit gab es Konsens, dass man mehr für Prävention tun müsste. Heute stellen Sie sich hierhin und erzählen: Prävention ist Gewinsel, ist Gejammer. Eigentlich braucht man das überhaupt nicht. Wir brauchen endlich mal wieder irgendwen, der hart durchgreift.

Das ist einfach nur noch demaskierend für Sie. Daraus spricht eine konzeptlose, eine ideenlose CDU, die längst nicht mehr die Partei der inneren Sicherheit ist, sondern einfach keine Ahnung mehr hat, was sie im Bereich der inneren Sicherheit tun will.

Neue Aufgaben angehen, Herausforderungen wirksam begegnen und die Prävention stärken – das sind die innenpolitischen Leitlinien von Rot-Grün.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Matthi Bolte (GRÜNE): Die Opposition, gerade Schwarz-Gelb, hat sich für eine Arbeitsteilung entschieden, die da heißt: Sie von CDU und FDP skandalisieren, wir als regierungstragende Fraktionen arbeiten. – Ich glaube, die eben genannten Leitlinien sind gute Leitlinien, nach denen wir arbeiten.

Dass Sie daran nicht mitwirken wollen, das haben Sie heute gezeigt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte. – Für die Piraten spricht jetzt der Kollege Herrmann.

Frank Herrmann (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch Grüße an die neu hinzugekommenen Bürgerinnen und Bürger auf der Tribüne und im Livestream! Ich möchte jetzt doch noch etwas zu den CDU-Vorwürfen sagen, Rot-Grün in NRW vernachlässigte die Kriminalitätsbekämpfung. – Das ist ganz schlimmes Wahlkampfgetöse! Werden wir jetzt weiter in jeder Plenarwoche und in allen Innenausschusssitzungen über dieses Thema sprechen? Ich befürchte das. Ich sage Ihnen auch, warum. Die SPD hat die CDU beim Thema „Sicherheit“ rechts überholt, und die CDU sieht ihre Felle davonschwimmen.

Lieber Herr Biesenbach, Sie sind richtig sauer, dass Rot-Grün mittlerweile eine schärfere Sicherheitspolitik betreibt als die Union. Da bleibt Ihnen nichts mehr. Sie laden ja schon sozialdemokratische Ordnungsdézernenten zu CDU-Klausurtagungen ein, damit diese Ihnen Nachhilfe in Sachen Sicherheit erteilen – so letztens in Oberhausen bei der dortigen CDU-Fraktion geschehen.

(Beifall von den PIRATEN und der SPD)

Und Achtung! Herrn Minister Jäger können Sie nun wirklich nichts mehr vorwerfen. Er hat es ja dank gruseliger Märchen und aufgebauschter Warnungen vor Islamisten und Terroristen geschafft, dass zukünftig schon bei Ordnungswidrigkeiten sämtliche Bestandsdaten von Behörden und Nachrichtendiensten abgerufen werden können.

(Beifall von den PIRATEN)

Das bedeutet, dass Telekommunikationsanbieter Adressen, PINs und Passwörter herausgeben müssen. Falschparker werden damit auf eine Stufe mit Terroristen gestellt. Dank Herrn Jägers Einsatz haben wir keine Kontrolle mehr darüber, was mit unseren persönlichen Daten passiert und wer uns im Internet über die Schulter schaut. Das, liebe Kollegen von der CDU, können auch Sie nicht mehr überbieten.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich möchte den Rest meiner Redezeit nutzen, um über die Kriminalitätsprävention zu sprechen, dazu kurz auf Ihre Einlassungen, Herr Körfges und Herr Bolte, einzugehen und Lösungswege vorzuschlagen, die wir beschreiten sollten.

Zunächst einmal: Nachhaltige Kriminalitätsbekämpfung ist gleichbedeutend mit Armutsbekämpfung.

Da der Armutsbericht der Bundesregierung, wie wir alle wissen, geschönt wurde, beziehe ich mich lieber auf die Studie des Paritätischen Gesamtverbands. Laut dessen Bericht ist die Armutsgefährdung seit 1990 stetig gestiegen. 15,1 % der Bevölkerung in Deutschland ist armutsgefährdet. Das sind 12,4 Millionen Menschen, jeder Sechste. Das ist ein Negativrekord. Im Bericht heißt es, dass Berlin und das Ruhrgebiet in der mehrjährigen Betrachtung die mit Abstand besorgniserregendsten Regionen in Deutschland darstellten.

Ich zeige Ihnen hier eine Grafik über die Armut nach Bundesländern aufgeschlüsselt.

(Der Redner hält ein Blatt hoch.)

Ich sehe hier ein Nord-Süd-Gefälle. Dieses Nord-Süd-Gefälle muss auch berücksichtigt werden, wenn wir über die Kriminalitätsbekämpfung sprechen. Was wir wirklich brauchen, ist ein Sofortprogramm gegen die wachsende Armut.

(Beifall von den PIRATEN)

Zum Schluss möchte ich anhand des Bereichs Jugendkriminalität Lösungsansätze skizzieren.

In Nordrhein-Westfalen gibt es einige positive Ansätze dazu, die es zu intensivieren gilt. Zum Beispiel steht den Jugendkontaktbeamten der Dortmunder Polizei seit 2011 ein aus Landesmitteln finanzierter Pädagoge zur Verfügung. Hier scheint man langsam zu lernen: Nur wenn die Sozialarbeit mit der Polizeiarbeit integrativ zusammenarbeitet, werden langfristig Straftaten verhindert und nicht nur verfolgt.

(Beifall von den PIRATEN)

Viele Probleme lassen sich gerade nicht durch Repressionen lösen. Denn was die Polizei zu Gesicht bekommt, ist meist nur die Spitze des Eisbergs einer Vielzahl von sozialen Problemen. Diese lassen sich eben nicht mit polizeilichen Mitteln lösen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Herrmann. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Biesenbach.

Peter Biesenbach^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war zumindest eine laute Debatte. Herr Körfges, von Ihnen kam besonders viel Abscheu und Empörung. Nur: Sie haben nicht zu uns geredet.

Wir haben eine Debatte erlebt, bei der die Kollegen von der FDP und wir den Finger in die Wunde gelegt haben. Und wovon haben Sie gesprochen? Von einer Statistik, die für uns keine Rolle spielte. Wir haben nicht über Ranking gesprochen, wir haben nicht darüber nachgedacht, wie sicher oder unsicher

eine Stadt ist. Wir haben vielmehr gefragt: Was tut diese Landesregierung dagegen, dass die Zahl der Straftaten in Nordrhein-Westfalen fünfmal so hoch steigt wie im Bundesdurchschnitt?

(Zuruf von Matthi Bolte [GRÜNE])

Die Antwort heißt – nachzulesen in der Zeitung –, man müsse davon ausgehen, dass die Rhein-Ruhr-Metropole als Ballungsgebiet vergleichbar sei mit London oder New York. Herr Körfges sagt zwar, wir seien nicht in Manhattan-Süd.

(Zuruf von der SPD: In Düsseldorf!)

Dann wende ich mich mal an das Ministerium: Wo ist denn das Konzept, das Sie dagegensetzen? New York hat es geschafft, mit dem Konzept von „Null Toleranz“ zu einer der sichersten Städte zu werden.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

– Man muss dieses Konzept nicht akzeptieren, Herr Kollege, aber man muss ein eigenes dagegensetzen. Man muss etwas tun. Und was tun Sie? Nichts! Das ist es, was wir Ihnen heute vorhalten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich will die Zahlen noch einmal nennen. Der Anteil der Kriminalbeamten, die Straftaten bekämpfen, ist so hoch wie 1992, er beträgt nämlich ca. 22 % der Polizeibeamten, egal wie hoch die Gesamtzahl ist.

Die Zahl der zu bearbeitenden Straftaten ist jedoch um 220.000 gestiegen. Kein Wort von Ihnen, was Sie dagegen tun wollen. Sie können ja auch nichts dagegen tun. Heute wird – mit Ihren Strategien – immer noch so getan, als handle es sich um Einzeltäter, die die Einbrüche begehen. Da ist keine Rede von Banden, die aus Rumänien oder Bulgarien kommen und in der Nacht das Diebesgut Richtung Venlo abtransportieren.

Betrachtet wird der Tatort, aber das Tatgeschehen wird nicht hinterfragt. Kriminalbeamte erzählen uns ganz deutlich, dass sie in Spuren und in Informationen ertrinken, die sie aber nicht in die Informationssysteme eingeben können, weil sie hierfür keine Beamten haben. Es wäre doch eine Strategie, einmal täterorientiert zu arbeiten und zu versuchen, Licht ins Dunkel zu bringen.

Wir haben die Dateien, wir haben die Programme, aber wir haben keine Menschen, die sie bedienen. Warum? Weil der Minister nicht in der Lage ist, die Polizeibeamten entsprechend zu organisieren.

Die Tatzeugen sitzen doch in Ihren eigenen Reihen. Ich will an Ihren ehemaligen Kölner Polizeipräsidenten Stiefelhagen erinnern.

(Zuruf von der SPD: Der heißt Steffenhagen!)

Der hatte ein Konzept auf dem Tisch, der hatte eine Vision. Der wollte München in puncto Sicherheit überholen. 2011 musste er dann zugeben, dass das

nicht möglich war. Warum? Die bayerische Polizei ist so organisiert, dass bei etwa vergleichbarer Personalstärke 900 Beamte mehr in München Dienst tun als entsprechend bei uns in Köln. Kein Wort dazu!

(Beifall von der CDU)

Mit diesen Punkten könnten Sie arbeiten.

Gehen wir noch ein Stückchen weiter. Ist es für Sie nicht bedenklich, dass der Leiter des Einbruchskommissariats der Kripo Köln im Zusammenhang mit dem massiven Anstieg der Zahl der Wohnungseinbrüche davon berichtet, dass er seine Wertsachen mittlerweile in einem Bankfach hinterlegt hat? Solche Punkte blenden Sie einfach aus. Davon reden wir, und nicht von Statistik.

Nehmen wir ein für die Arbeit dieses Ministers ganz typisches Beispiel. Da geht es um den Umgang mit Rockern. Der Minister verkündet ganz groß in der „WAZ“ vom 23. Februar 2013:

„Wir sind der Chef im Ring ... Die Situation wird sich in den nächsten Wochen spürbar verbessern.“

Prima, das würden wir alle gerne glauben. Drei Tage später wird ein 23-jähriger Duisburger, der den Hells Angels nahesteht, vor einem Burger-Restaurant in Oberhausen-Sterkrade von fünf Schüssen in den Bauch getroffen. Die Mordkommission vermutet, dass es sich bei dem Täter um ein Mitglied der Duisburger Bandidos handelt.

Kurz darauf – alles nach der Ankündigung des Ministers – erklärt der Präsident des in Duisburg ansässigen Rockerclubs Satudarah den verfeindeten Hells Angels erstmals öffentlich den Krieg. Die Hells Angels werde es in Duisburg bald nicht mehr geben, sagt der Rockerchef der „Bild-Zeitung“ – Zitat –: Wir weichen nicht zurück, egal was kommt. Der Krieg ist in vollem Gange. In Duisburg wird die Zukunft Europas entschieden. – Der hat auch die Zeitung gelesen und weiß, was der Minister gesagt hat. Nichts zu merken von „Chef im Ring“.

Ende April 2013 berichtet die „Bild-Zeitung“, dass 100 Hells Angels aus Duisburg, Oberhausen, Aachen, Köln und Mönchengladbach die Eppinghofer Straße in Mülheim an der Ruhr übernommen haben. Die Rocker würden der Polizei drohen, Schutzgelder von Ladenbetreibern erpressen und nachts die Straßen sperren. Zitat eines Hells Angels:

„Wir werden von Mülheim aus das ganze Ruhrgebiet erobern, die Banditen vertreiben! Die Polizei sollte uns dabei besser nicht stören.“

Das ist die Antwort der Rockerszene auf die Ankündigung des Ministers, er wolle Chef im Ring werden.

Präsidentin Carina Gödecke: Ihre Redezeit.

Peter Biesenbach¹⁾ (CDU): Ergebnis hierzu: Die Personenschützer der Ministerpräsidentin haben laut „Bild-Zeitung“ bereits bei der Polizei nachgefragt, ob sie und die Ministerpräsidentin – in ihrer eigenen Heimatstadt! – diese Straße künftig besser meiden sollten.

Das ist der Alltag in Nordrhein-Westfalen. An dem hätten wir gerne etwas geändert. Statistik spielt hier keine Rolle; tun Sie lieber etwas dafür! Bekämpfen Sie Kriminalität, bekämpfen Sie Straftaten, Herr Stotko! Und dann unterhalten wir uns wieder darüber. So ist jedes Versagen, das wir weiter dokumentieren werden, ein Versagen dieses Ministers und ein Versagen dieser Regierung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Biesenbach. – Herr Minister Jäger, bitte schön.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Da es unüblich ist, dass ein Minister eine Zwischenfrage stellt, nutze ich die noch verbleibende Redezeit, um kurz auf etwas hinzuweisen. Herr Biesenbach, ich hoffe, Sie nehmen zur Kenntnis: Die beiden von Ihnen zitierten Rocker der Vereinigung Satudarah befinden sich zurzeit in Haft. Das ist die Antwort der Polizei.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. An einem Punkt will ich Sie gerne korrigieren. Es ist laut unserer Geschäftsordnung bei Aktuellen Stunden jedem Kollegen und jeder Kollegin untersagt, Zwischenfragen zu stellen, also nicht nur der Landesregierung.

Wir sind am Ende dieses Tagesordnungspunkts. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit **schließe** ich die **Aktuelle Stunde**.

Ich rufe auf:

2 Rot-Grüne Steuererhöhungsorgie unterlassen – Keine neuen Belastungen zulasten der Mitte unserer Gesellschaft

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2882

In Verbindung mit:

Rot-Grüne Steuererhöhungsorgie gefährdet Wohlstand und Arbeitsplätze

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2898